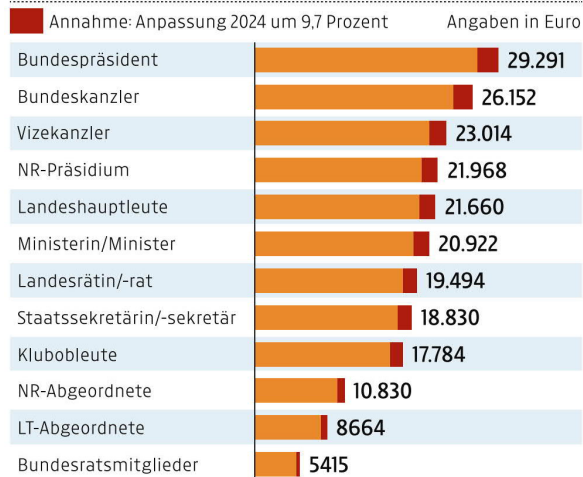


So hätten Politikerbezüge steigen sollen

Automatische Erhöhung wurde gestoppt



KLEINE ZEITUNG Quelle: APA/Statistik Austria



Kogler und Nehammer haben die Notbremse gezogen: 2023 gibt es eine

Von Vilja Schiretz

Unmoralisch“ hätte es Andreas Babler gefunden, „unanständig“ Herbert Kickl. Die Chefs von SPÖ und FPÖ reagierten empört auf erste Berechnungen, wonach die Politikergehälter 2024 der Inflation entsprechend um fast zehn Prozent steigen könnten. Doch bereits am Nachmittag beschwichtigten Bundeskanzler Karl Nehammer und Vizekanzler Werner Kogler. Ein Plus in diesem Ausmaß werde es nicht geben, kündigten sie in einer Aussendung an. Für Bundespräsident, Bundeskanzler, Vizekanzler, Ministerinnen und Minister, Staatssekretäre, Nationalratspräsidenten und Klubobleute soll es demnach eine Nulllohnrunde geben. Auf Lan-

Absage an Rekordplus bei Politikergehältern

Berechnungen zufolge könnten die Politikergehälter 2024 um zehn Prozent steigen. Wer bestimmt, wie viel Politiker verdienen?

desebene und für Abgeordnete auf allen Ebenen ist eine Erhöhung um die Hälfte des gesetzlich möglichen Wertes vorgesehen. Beschließen soll das der Nationalrat im Herbst. Bleibt es dabei, würden die Bezüge von Kickl als FPÖ-Klubobmann gar nicht steigen, die von Andreas Babler als SPÖ-Bundesrat wohl um knapp fünf Prozent.

Aber wer bestimmt, wie viel

Politiker verdienen? Die aktuelle „Gehaltspyramide“ gibt es seit 1998. Ausgangswert ist dabei der Bezug eines Nationalratsabgeordneten – aktuell sind das 9873 Euro brutto.

Anhand dieses Betrages werden weitere Gehälter berechnet: Der Bundespräsident verdient beispielsweise das 2,8-fache, der Bundeskanzler das 2,5-

fache, eine Ministerin das doppelte. Doch da in der Vergangenheit die Gehälter der verschiedenen Amtsträger teils unterschiedlich stark erhöht wurden, stimmen die tatsächlichen Werte nicht unbedingt mit den vorgesehenen Prozentsätzen überein.

Eine Anpassung der Politikerbezüge an die Inflation ist grundsätzlich jedes Jahr vorge-



Nulllohnrunde für Spitzenpolitik APA

sehen. Dabei steigen sie entweder um den gleichen Faktor wie die Pensionen oder entsprechend der durchschnittlichen Inflation von Juli des Vorjahres bis Juni des laufenden Jahres. Dabei muss der niedrigere Wert gewählt werden, erklärt Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus. Den endgültigen Wert gibt der Rechnungshof bekannt. Doch dabei handelt es sich um eine Obergrenze. Der Nationalrat kann das Gesetz jedes Jahr abändern, sodass die Gehälter weniger stark steigen oder es überhaupt keine Erhöhung gibt. Eine Nulllohnrunde gab es zuletzt 2018. Oft finden solche Änderungen „in letzter Sekunde“ statt, sagt Zögernitz. Populär sind kräftige Gehaltserhöhungen für Politiker in der Bevölkerung kaum.